

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Hans-Jochen Vogel zum
Tod von Papst Johannes
Paul I.
Seite 1

Dietrich Stobbe zum 25.
Todestag von Ernst Reuter.
Seite 2/3

Volker Hauff legt seine
Halbzeitbilanz vor.
Seite 4-6

Heinz Westphal wertet die
Entscheidung in der
Knesseth.
Seite 7/8

Erwin Horn wirft der CDU/
CSU Mißbrauch des Lutze/
Wiegel-Ausschusses vor.
Seite 9

Peter Reuschenbach ent-
larvt die Taktik des
Herrn Biedenkopf.
Seite 10/11

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 188

29. September 1978

Sein Bild wird weiterleben

Zum Tode von Papst Johannes Paul I.
Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Mitglied des SPD-Präsidiums

Zum zweiten Mal in wenigen Wochen hat die Katholische Kirche ihr Oberhaupt verloren. Die Nachricht, daß Papst Johannes Paul I. nicht mehr lebt, ist auch in unserem Lande mit Bestürzung, ja zunächst fast ungläubig aufgenommen worden. Zu frisch und unmittelbar hatten wir alle noch das Bild des heiter lächelnden, des ganz ungezwungen natürlichen und menschlichen Papstes vor Augen, der seine Kirche dennoch mit sicherer Würde repräsentierte. Und dieses Bild wird weiterleben, wird seinen Tod überdauern.

Sein Pontifikat - eines der kürzesten in der Kirchengeschichte - war nur nach Wochen bemessen. Dennoch hat es Zeichen gesetzt. Der Verzicht auf die Krönung, der Verzicht auf den Tragsessel, die betonte Bescheidenheit des Auftretens - das waren mehr als Äußerlichkeiten, das war Hinwendung zum Wesentlichen des kirchlichen Auftrages. Die ersten Äußerungen des Papstes unterstrichen dies durch die Betonung des Seelsorgerischen, durch den Appell, im täglichen Leben mit den Geboten Christi ernst zu machen.

Zu spüren war auch, daß der Papst im politischen Bereich eher dienen, helfen, aufeinander zuführen, als bestimmen oder gar bevormunden wollte.

Die Kirche wird nun ein weiteres Mal einen Nachfolger in ihrem höchsten Amt zu finden haben. Man kann nur wünschen, daß dies den Kardinälen wiederum in so überzeugender Weise gelingt wie beim letzten Konklave. Leicht ist ihre Aufgabe gewiß nicht.

Die deutschen Sozialdemokraten werden Johannes Paul I. ein ehrendes Gedenken bewahren. Und sie werden auch im Bewußtsein behalten, mit welcher Selbstverständlichkeit sich dieser Papst dazu bekannte, daß er ein Sohn eines Arbeiters und der Sohn eines demokratischen Sozialisten war.

(-/29.9.1978/ks/evo)

+ + +

Wir alle schulden ihm Dank

Ohne Ernst Reuter ist die Geschichte der Deutschen nach dem Krieg nicht denkbar

Von Dietrich Stobbe

Regierender Bürgermeister von Berlin

Sein Name war ein Synonym für Berlin. Ernst Reuter hatte die Stadt durch die erste große Bedrohung nach dem Kriege geführt, als sie um ihre demokratische Existenz kämpfte. Diese Erinnerung ist unauslöschlich, sie wird es bleiben. Zugleich wußten die Berliner, wußten die Deutschen, daß Ernst Reuter über die Verbundenheit unserer Stadt und unseres Landes mit dem Westen hinaus die Versöhnung mit unseren Nachbarn auch im Osten wollte. Daß unsere Stadt, daß unser Land, daß Europa nicht geteilt bleiben dürften - die Einlösung dieser Hoffnung verbanden sie besonders mit seiner politischen Persönlichkeit.

Heute, am 25. Todestag, spüren wir wohl alle, wie lebendig, wie nahe Ernst Reuter uns noch immer ist.

Er war nicht ein Großer aus politischer Macht, im Gegenteil. Nicht lange nach dem Kriege und unter den herrschenden Besatzungsmächten nahezu bar aller staatlichen Gewalt, inmitten der endlosen Trümmer, die Not und die Arbeitslosen und die Flüchtlinge vor Augen.

Er war im Grunde in jener Ohnmacht, in der alle sich befanden. Er aber wußte Antworten und zeigte den Weg. Er wurde der Sprecher unserer Stadt in ihrem tiefsten Punkte.

Wohl beides: Die Ohnmacht, die Ernst Reuter mit allen teilte, und seine überzeugende Interpretation der Stadt und der Zeit und ihrer Aufgaben bewirkte die Identifikation aller mit ihm. Die Berliner identifizierten sich mit ihm, weil er ihnen aufhalf, ohne das Gewesene wegzuschieben, und weil er ihnen die unentbehrliche, reale Hoffnung auf eine bessere Zukunft gab. Er konnte dies, weil er befreiend glaubwürdig war. Die Menschen fühlten, daß sie von ihm nicht getäuscht würden. Und sie begannen von vorn. Ernst Reuter hat, so verstanden, unsere Stadt wiederbegründet, er hat den Menschen ihre Identität zurückgegeben.

Ernst Reuter hatte politische Ziele, die er nicht erreicht hat, die er nicht erreichen konnte. Er hoffte leidenschaftlich und kämpfte dafür, daß unsere Stadt wieder eine Stadt und unser Land wieder ein Land würden, und daß nicht nur unsere Mitbürger und Landsleute sondern alle Unterdrückten zum unveräußerlichen Recht der Freiheit, das den Menschen erst zum Menschen macht, zurückkehren könnten.

Und Ernst Reuter hatte politische Ziele, die er, in den Zwängen der machtpolitischen Realitäten die engen Spielräume nutzend, erreicht hat. Er gab den Berlinern den Mut, in

den schweren Jahren durchzuhalten und die geschichtliche Rolle zu übernehmen, die fundamental wurde für den freien Westen. Sie ist fundamental geblieben für die Situation, in der sich die Deutschen noch heute befinden. Er gewann die drei westlichen Alliierten zu Beschützern Berlins und zu Freunden, und er kämpfte um die praktische Eingliederung unserer Stadt in die wirtschaftliche, finanzielle, rechtliche, gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Es war ein harter Kampf. Was er erreichte, ist unsere Basis von heute.

Ernst Reuter ist ein geschichtliches Beispiel für Macht des Geistes. Er beschwor die Berliner, trotz der dringendsten Notwendigkeiten des Alltags und der unmittelbarsten Bedürfnisse auch dafür zu sorgen, daß in unserer Stadt die Kultur, der Geist, die Toleranz wieder eine Heimat bekämen. Er sagte dies wissend und geschichtsbewußt nach einer Zeit der Geistesfeindlichkeit und der Barbarei. Er hat die Berliner herausgefordert, ihre Stadt nach der Diktatur der Nationalsozialisten und trotz neuer Bedrohungen zu einem Ort zu machen, in dem Freiheit und soziale Gerechtigkeit und Solidarität für die Menschen zu erfahrbaren Werten wurden.

Die ihm nachfolgten, haben den Teil unserer Stadt, für den er die Freiheit behauptete, gesichert. Sie haben sich einordnen müssen in die Notwendigkeiten der Macht in dieser Welt. Sie haben Beiträge geliefert, um den Frieden zu festigen. Sie haben praktische Regelungen erzielt, aber die Lösungen der Grundfragen stehen genauso aus wie zu seiner Zeit.

Unsere Stadt hat bewiesen - und dafür hat Ernst Reuter die Grundlagen geschaffen -, daß die Hauptstadt eines Landes, der diese Funktion genommen wird, nicht zur Provinz zu werden braucht, sondern ihre Substanz erneuern kann. Berlin muß jeden Tag neu beweisen, daß es als große Stadt mit demokratischen Lebensformen durch geistige Offenheit, kulturellen Reichtum und wirtschaftliche Lebenskraft Anziehungs- und Ausstrahlungskraft gewinnt. Nur so kann Berlin sein Gewicht für Deutschland heute zur Geltung bringen. Nur so können die Berliner die Hoffnung aufrechterhalten, die Ernst Reuter hatte, und die wir haben, daß es einmal Lösungen gibt für Fragen, die bisher nicht gelöst werden konnten.

Die Geschichte der Deutschen nach dem Krieg, sie ist ohne seine übermächtige Gestalt nicht denkbar.

Wir alle hier in der Stadt schulden ihm Dank, und wir verneigen uns.

(-/29.9.1978/ks/ben)

Vollbeschäftigung durch Modernisierung

Eine Halbzeitbilanz der Forschungspolitik der Bundesregierung

Von Volker Hauff

Bundesminister für Forschung und Technologie

Die Bundesregierung hat in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 einer vorausschauenden Technologie- und Forschungspolitik zur Modernisierung der Wirtschaft, zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, zur Sicherung der Energieversorgung, zur wirksamen Wettbewerbspolitik und zur unmittelbaren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einen hohen Stellenwert beigemessen.

In der Verwirklichung der Regierungserklärung kommt es darauf an, den veränderten Rahmenbedingungen, die sich für Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplatzsicherung stellen, Rechnung zu tragen: Ein qualitativ bestimmtes Wachstum und Innovationen sollen humane Arbeitsplätze sichern und schaffen, für einen rationelleren Umgang mit Energie und Rohstoffen sorgen, dem Auf- und Ausbau zukunftsträchtiger Produktions- und Dienstleistungsbereiche dienen sowie die Lebens- und Umweltbedingungen verbessern.

Im Rückblick auf die ersten zwei Jahre der 8. Legislaturperiode kann festgestellt werden, daß die Forschungs- und Technologiepolitik einige wichtige Beiträge zur Umsetzung dieser Zielvorstellungen geleistet hat.

Die seit 1977 veröffentlichten neuen Forschungsprogramme verdeutlichen die Zielsetzungen beispielhaft:

Durch das im April verabschiedete "Programm Energieforschung und Energietechnologien 1977 bis 1980" sind neue Akzente in der Energie- und Energieforschungspolitik gesetzt worden. Versorgungssicherheit im Energiebereich bedeutet nicht, den steigenden Energiebedarfszuwachs allein mit immer neuen Energiequellen und größeren Energiemengen zu decken. Daher stellt dieses Programm, das die früheren "Atomprogramme" vorangegangener Bundesregierungen abgelöst hat, Forschung und Entwicklung zur rationellen und sparsamen Energieverwendung an die Spitze aller Überlegungen.

Mit dem zweiten Schwerpunkt, Kohleforschung, wird - zusammen mit den anderen Hilfen der Bundesregierung für den Kohlebergbau und den Kohleabsatz - eine wichtige Voraussetzung zur Sicherung der Zukunftschancen für die Kohle und der Arbeitsplätze an Ruhr und Saar geschaffen. Durch Entwicklung und Nutzung neuer Energiequellen, vor allem der Sonne als weiterem Schwerpunkt, sollen neue, umweltfreundliche Wege zur Deckung des Energiebedarfs entwickelt werden. Gerade die Solartechnik hat in den letzten fünf Jahren Fortschritte gemacht, die selbst optimistische Erwartungen übertroffen haben. Aufgrund dieser Entwicklung konnte die Bundesregierung mit dem Energiesparprogramm, insbesondere mit den 4,35 Milliarden DM an Investitionshilfen und Steuererleichterungen, das energiepolitisch Wünschenswerte und arbeitsmarktpolitisch Notwendige verbinden.

Die Konzentration der nuklearen Energieforschung auf Sicherheit, Entsorgung und neue Reaktorlinien entspricht der staatlichen Verantwortung in diesem Bereich, bei der

Nutzung der Kernenergie Gefährdung für Mensch und Umwelt auszuschließen, den Brennstoffkreislauf zu schließen und die energiepolitischen Wahlmöglichkeiten der Zukunft nicht durch tagespolitische Entscheidungen zu verbauen.

Der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der Erhaltung von Arbeitsplätzen dient das "Forschungs- und Technologiepolitische Gesamtkonzept für kleine und mittlere Unternehmen". Diese Unternehmen mit insgesamt rund drei Millionen Beschäftigten haben es oft besonders schwer, die für Innovationen notwendigen Informationen zu beschaffen und zu verarbeiten und die Kosten der Markteinführung neuer Verfahren und Produkte zu tragen. Ein breit gefächertes Angebot von Projektförderung, Innovationsförderung und -beratung, Kapital- und Kredithilfen, steuerlichen Hilfen und Zuschüssen für "Vertragsforschung" soll es gerade diesen Unternehmen leichter ermöglichen, sich auf Spezialgebieten im Wettbewerb zu behaupten und ihre Fähigkeit zu größerer Flexibilität besser zu nutzen. Etwa 350 Millionen DM jährlich stehen hier an direkten Hilfen zur Verfügung, um innovative Unternehmen zu stärken und ihren Kreis zu erweitern.

Verbesserung der Lebensbedingungen als Zielsetzung der Forschungs- und Technologiepolitik wird schließlich an dem Programm der Bundesregierung zur Förderung von "Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit 1978 - 1982" besonders deutlich. Über Krankheitsforschung hinaus soll mit diesem Programm die Forschungsförderung stärker auf die Erhaltung und den Schutz der Gesundheit und auf die Strukturforschung für die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens im Sinne von Leistungsfähigkeit, Bedarfsgerechtigkeit, Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit gelegt werden.

Über die genannten Programme hinaus werden mit den erheblichen Steigerungsraten des Forschungsetats 1978 und den für 1979 geplanten Zuwachsraten jene Bereiche verstärkt, wo gesellschafts- und arbeitsmarktpolitische positive Effekte von Forschung, Entwicklung und Innovation in besonderer Weise zu erwarten sind.

Im Programm Humanisierung des Arbeitslebens werden die Forschungsarbeiten auf neue Industriebereiche ausgeweitet. Ein zusätzlicher Schwerpunkt liegt auf der Verbesserung der Arbeitsbedingungen besonderer Personengruppen, zum Beispiel Behinderte und ältere Arbeitnehmer. Pilotprojekte haben die Erprobung neuer Formen der Arbeitsorganisation zum Ziel, etwa der Ablösung der Fließbandarbeit durch Gruppenarbeit.

Der Abbau der Umweltbelastung, zum Beispiel durch chemische und physikalische "Abfälle", aber auch durch Abwärme aus Kraftwerken, verbesserte Trinkwasseraufbereitung und Senkung der Lärmbelastung sind Schwerpunkt der Umweltforschung, die zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen unmittelbar beitragen. Gerade bei der Reinigung verschmutzter Oberflächenwasser und bei neuen Verfahrenstechniken für die Reinhaltung von Flüssen, um Industrieabwässer, etwa aus der Papierindustrie, von schädlichen Beimengungen zu entlasten, sind gute Fortschritte erzielt worden.

Die im Mai 1978 beschlossene zusätzliche Förderung technologischer Entwicklungen im Eisen- und Stahlbereich ist - zusammen mit anderen Maßnahmen der Bundesregierung - auf die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der Arbeitsplätze in diesem Bereich und auf die Erschließung aussichtsreicher neuer Produktionsmöglichkeiten ausgerichtet.

In der Verkehrsforschung, vor allem im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs, sind die Voraussetzungen für ein benutzerfreundliches, umweltschonendes, sicheres, kosten-

günstiges und leistungsfähiges Angebot des öffentlichen Nahverkehrs weiterentwickelt worden. Nicht ein Verkehrsmittel der Zukunft, sondern eine Palette sich ergänzender Systeme, den unterschiedlichen Bedingungen in Ballungsgebieten und im ländlichen Bereich, auf Schiene und Straße angepaßt, mit unterschiedlichen Antriebssystemen, werden in der Forschungsförderung unterstützt.

Trotz etlicher Beispiele eines im Hinblick auf die Sicherung der Arbeitsplätze verantwortbaren technologischen Strukturwandels, ist die Öffentlichkeit gegenüber dem technischen Fortschritt und gegenüber der notwendigen Modernisierung der Volkswirtschaft skeptischer geworden. Zu Recht wird von seiten der Arbeitnehmer die Frage nach den sozialen Lasten dieser Entwicklung gestellt. Vorausschauende Forschungs- und Technologiepolitik, die auf einen breiten Innovationsprozeß abzielt, muß daher nicht nur wirtschaftspolitisch sinnvoll, sondern auch gesellschafts- und arbeitsmarktpolitisch gerechtfertigt sein.

Gerade die in den nächsten Jahren zu erwartende radikale Veränderung von Arbeitsplätzen und Produktionsverfahren durch die Anwendung moderner Elektronik wirft die Frage nach den sozialen Folgen und Risiken dieser Entwicklung auf. Bisherige Erfahrungen und Untersuchungen zeigen, daß Arbeitsplätze in erster Linie dort verloren gehen, wo ein Verlust von Marktanteilen die Folge eines verzögerten Einstiegs in die Anwendung der Elektronik ist, während im umgekehrten Fall die Zahl der Arbeitsplätze eher vergrößert wurde.

Damit ist noch kein Allheilmittel gefunden. Der technische Fortschritt, der notwendige Innovationsprozeß darf nicht sich selbst überlassen bleiben, sondern muß auf bestimmte Ziele ausgerichtet werden.

Der Orientierungsrahmen 85 der SPD nennt als wichtigste Zielsetzung sozialdemokratischer Politik für diesen Zeitraum, die Erlangung der "Vollobeschäftigung durch Modernisierung".

Die Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesregierung hat in der ersten Hälfte der 8. Legislaturperiode hier wie auch bei anderen Schwerpunkten des Orientierungsrahmens 85, wie Schaffung menschlicherer Arbeitsplätze, bessere Versorgung zu vernünftigen Kosten im Gesundheitswesen und menschlichere Gestaltung der Lebensbedingungen in den Städten und Gemeinden, wichtige Grundlagen zur Verwirklichung der Perspektiven sozialdemokratischer Politik geschaffen. (-/29.9.1978/ks/evo)

Begin zahlte einen hohen Preis

Abstimmung in der Knesseth spiegelt die Aufgewühltheit des israelischen Volkes wider
Von Heinz Westphal MdB

Vor dem Zentralkomitee der israelischen Arbeiterpartei hat der frühere Außenminister Abba Eban vor Beginn der Debatte des israelischen Parlaments über die Rahmenvereinbarungen zur Gestaltung des Friedens in Nah-Ost deutlich gemacht, daß das Ergebnis von Camp David inhaltlich dem entspricht, was die Arbeiterpartei 1967 als Ergebnis eines Friedensgesprächs mit Ägypten anstrebte. Damals habe Menahem Begin als Minister ohne Portefeuille gegen diese Vorschläge gestimmt, für deren Annahme er sich in der Knesseth nun vehement und erfolgreich einsetzte.

Sicher ging es Abba Eban mit dieser Rückschau nicht ums Nachkarten, wohl aber um die berechnete Hervorhebung der Kontinuität in der auf Frieden gerichteten Politik der Arbeiterpartei, auf die Shimon Peres in der Debatte hinwies. Er konnte dies auch deshalb, weil alle von der Arbeiterpartei gestellten Ministerpräsidenten - von Ben Gurion angefangen - ihre Bereitschaft zum direkten Gespräch mit den Staatsmännern der arabischen Staaten immer wieder erklärt hatten.

Und sieht man sich das Abstimmungsergebnis der Knesseth über den Antrag der Regierung des Ministerpräsidenten Begin, das Ergebnis von Camp David zu billigen und im Falle eines Friedensvertrages mit Ägypten die von Israelis errichteten Siedlungen auf der Sinai-Halbinsel zu räumen, genauer an, dann hat die verantwortungsbewußte Haltung der gegenwärtigen Opposition dem israelischen Ministerpräsidenten Menahem Begin und damit den entscheidenden Schritt zum sofortigen Beginn von Friedensverhandlungen zum Erfolg verholfen.

Von 120 Knesseth-Abgeordneten haben 84 dem Antrag zugestimmt, 19 waren dagegen 17 enthielten sich der Stimme. Von den 71 Abgeordneten der Parteien der Regierungskoalition (Likud mit Heruth und La'am, DASH des Vizepremiers Prof. Yadin, National Religiöse Partei) stimmten 46 mit Ja; innerhalb des Regierungslagers stimmten von 45 Abgeordneten des Likud, der Parteien-Gruppe des Ministerpräsidenten, nur 30 für den Antrag. Von der eigentlichen Begin-Partei innerhalb des Likud, der rechtsstehenden Heruth, die 21 Abgeordnete umfaßt, votierten nur neun mit Ja, sieben gaben Nein-Stimmen und

fünf enthielten sich. Ohne die Stimmen des Ma'arach der Arbeiter-Liste, die 32 Abgeordnete zählt und von denen fünf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen abgaben, hätte Begin keine Mehrheit bekommen.

Diese nüchterne parlamentarische Rechnung spiegelt die Aufgewühltheit der Stimmen und Meinungen eines ganzen Volkes wider, das gemeinsam den Frieden will, aber vor der Frage auseinanderfällt, ob man dem arabischen Gegenüber trauen kann und ob die notwendigen Konzessionen nicht zu weit gehen.

Es ist wohl richtig, sich zu vergegenwärtigen, daß es für uns aus der Ferne wesentlich einfacher ist als für jeden Einwohner Israels, diesem Volk, das vier Kriege zur Erhaltung seiner Existenz durchstehen mußten, zu empfehlen, die israelischen Dörfer auf dem Sinai als Preis für eine Friedensvereinbarung aufzugeben, denn diese Siedlungen haben aus der Erfahrung der Israelis eine bedeutsame Funktion für die Sicherheit als erster Widerstandswall und lebendige Frühwarnstation. Wenn der Mann, der die Errichtung dieser Siedlungen darüber hinaus als Teil seiner prinzipiellen Vorstellungen ideologisch überfrachtete, nun bereit war, seine Unterschrift unter ein Dokument zu setzen, das deren Evakuierung festschreibt und um die Billigung dieser Politik im Parlament kämpft, dann verdient dies Hochachtung.

Die nüchterne Darstellung der parlamentarischen Entscheidung kann deshalb auch nicht das Verdienst eines Mannes schmälern, der bereit war und ist, in einer entscheidenden Phase seine ihm sonst prägende Starrheit aufzugeben und für die Friedenschance einen hohen Preis zu zahlen, zu dem sogar noch der Bruch seiner eigenen Partei als Preis hinzukommen kann.

Es war am Tage, als das Ergebnis von Camp David die Welt umrundete und ein großes Aufatmen durch die Reihen all derer ging, die den Frieden für Nah Ost ersehnen, als ein Abgeordneter des Likud vor einem öffentlichen Forum hier in Bonn die Rolle Begin's mit der von de Gaulle bei der notwendigen Beendigung des französisch-algerischen Krieges verglich. An diesem Vergleich ist etwas dran, das des Nachdenkens wert ist.

(-/29.9.1978/hi/ben)

+

+

+

Opposition zu keiner sachlichen Arbeit fähig

Lutze/Wiegel-Ausschuß wird zu Wahlkampfzwecken mißbraucht

Von Erwin Horn MdB

Mitglied des Bundestags-Verteidigungsausschusses/Berichterstatter im
Untersuchungsausschuß Lutze/Wiegel

Mit dem herannahenden Wahltermin in Hessen wird die Opposition selbst in Bonn immer nervöser und gereizter. Als Wahlkampfmunition soll jetzt sogar der Untersuchungsausschuß im Spionagefall Lutze/Wiegel herhalten. Noch Anfang Juni dieses Jahres waren die drei Fraktionen einvernehmlich der Auffassung, mit der Vorlage des Berichtes und der anschließenden Bundestagsdebatte den Untersuchungsausschuß vor den Sommerferien abzuschließen. Diese Absicht wurde von der Fraktionsführung der CDU/CSU aus wahltaktischen Gründen durchkreuzt. Die Vorlage des Berichtes des Untersuchungsausschusses sollte nach ihren Vorstellungen in die heiße Phase des hessischen und bayerischen Wahlkampfes verlegt werden.

Mit dieser durchsichtigen Taktik brüskierte die Fraktionsführung der Opposition zum erstenmal den Vorsitzenden des Ausschusses, den CDU-Abgeordneten Dr. Wörner, der sich das vernünftige Ziel gesetzt hatte, den Ausschuß zu möglichst gemeinsamen und objektiven Ergebnissen zu führen, die auch über den Tag hinaus Bestand haben.

Die SPD kündigte bereits mit Schreiben vom 20. Juni diesen Jahres an den Vorsitzenden des Ausschusses an, daß eine Verschiebung des Abschlußberichts eine neue Lage schaffe und weitere Zeugen aus den Abteilungen Rüstung und Verwaltung und Recht anzuhören seien. Bestätigt wurde die Auffassung der SPD durch den Prozeßverlauf, in dem immer deutlicher wurde, daß nicht Renate Lutze, sondern Lothar Lutze die Zentralfigur in dieser Spionageaffäre ist.

Der Versuch von Oppositionsabgeordneten und dem ZDF-Magazin, diesen Ausschuß nur auf Renate Lutze und das Umfeld der Sozialabteilung im Verteidigungsministerium zu richten, war von vornherein als Kampagne angelegt, um Sozialdemokraten zu verleumden und ins Zwielicht zu bringen.

Die Hilfsmethoden des Strauß-Adlatus Dr. Voss gegenüber dem Bundeskanzler kennzeichnen diese Methode der bewußten Irreführung der Öffentlichkeit. Darüber schwieg sich Herr Löwenthal im ZDF selbstverständlich aus.

Die Ablehnung der Mehrheit der Opposition zur Zeugenvernehmung führender Männer aus dem Bereich Rüstung und Verwaltung und Recht im Bundesverteidigungsministerium ist bezeichnend. Es geht diesen Leuten der Opposition nicht um die Klärung von Sachverhalten - zumal im sensibelsten Bereich der Rüstung im Ministerium -, und es geht ihnen auch nicht um die Sicherheitsinteressen des Staates, sondern um vordergründige Parteitaktik. Der Untersuchungsausschuß soll als Mittel zum Wahlkampf mißbraucht werden.

Die Erweiterung der Zeugenanhörung aus den genannten Abteilungen und die Darstellung von Staatssekretär Joachim Hiehle als sachverständiger Zeuge haben neue wertvolle Erkenntnisse gebracht, die auch im abschließenden Bericht ihren Niederschlag finden. Die Pressekonferenz der CDU/CSU-Mitglieder des Untersuchungsausschusses ist nicht nur als wahltaktisches Manöver leicht zu durchschauen, sondern auch ein weiterer Schuß des CSU-Abgeordneten Voss gegen den Ausschuß-Vorsitzenden Wörner. Eine sogenannte Vorveröffentlichung macht einen gemeinsamen Schlußbericht unmöglich. Die "Vorveröffentlichung" ist zudem inhaltlich auch geradezu lächerlich, da sie fragmentarisch ist und zum großen Teil nicht-autorisierte Referentenentwürfe als gemeinsames Papier auf den öffentlichen Markt bringt.

Die SPD hat sich in diesem Ausschuß um ein hohes Maß an Gemeinsamkeit bemüht. Es ist bedauerlich, daß die Opposition nur noch mit der Keule der Polemik und der Wahlkampf-agitation arbeiten kann und zu keiner sachlichen Arbeit mehr fähig ist.

(-/29.9.1978/bgy/ben)

Alter Wein in neuen Schläuchen

Zum überraschenden Wachstumspessimismus des Herrn Biedenkopf

Von Peter Reuschenbach MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Bundestagsausschusses
für Wirtschaft

Von Öffentlichkeit und Medien kaum zur Kenntnis genommen, hat der wirtschaftspolitische Sprecher der Unions-Fraktionen "auf Abruf", Prof. K. Biedenkopf, in seinem Beitrag zur Haushaltsdebatte ganz überraschend Wachstumspessimismus an den Tag gelegt. Er führte dort u.a. aus:

"Ich möchte im übrigen erhebliche Zweifel anmelden an der Sinnhaftigkeit des Kernsatzes des Kommuniqués vom Bonner Gipfel, der lautet: 'Besseres Wachstum ist notwendig, damit die freie Welt den Erwartungen ihrer Bürger... gerecht werden kann.'"

Schon vorher, in einer Magazin-Kolumne hatte Prof. Biedenkopf seinen Schwenk anvisiert. Hier stellte er die Frage: "Ist es richtig, daß die soziale Stabilität unserer Gesellschaft eine gesicherte Rate wirtschaftlichen Wachstums zur Voraussetzung hat?" Ihr folgte die Antwort: "Wir müssen uns freimachen von dem, was schon vor Jahren treffend als Wachstumsfetischismus bezeichnet wurde."

Zweifellos ungewohnte, neue Töne. Man könnte glauben, Gruhl oder Eppler oder den Clup of Rom zu vernehmen. Sollte das wirklich eine radikale Wende der gesellschaftspolitischen, auch wirtschaftspolitischen An- und Einsichten des Mannes sein, den der Wirtschaftsrat der CDU noch vor einigen Tagen zur "idealen Symbolfigur" seiner politischen Konzeption erklärt hat?

Was mit diesem wachstumsskeptischen Vokabular in Wirklichkeit angepeilt wird, legt Biedenkopf an anderer Stelle seines Debattenbeitrags offen. Da der Bundeskanzler, so Biedenkopf, "keine einzige Wohltat mehr vortragen (kann), die er noch bezahlen kann", weil "alles, was jetzt schon an Wohltaten in Aussicht gestellt wird, sich gar nicht mehr bezahlen (läßt) durch das, was wir erwirtschaften", sei die "Eingrenzung staatlicher Aktivitäten" erforderlich.

Die Notwendigkeit des "Abbaus einer Reihe von staatlichen Aktivitäten" ist natürlich um so plausibler darzustellen, je mehr Zweifel in die künftige Stabilität und Wachstumsfähigkeit sowie in die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft erzeugt werden können.

Und damit schließt sich der Kreis der Biedenkopfschen Agitation: Wachstum zweifelhaft! Finanzielle Leistungsfähigkeit schon jetzt überzogen! Darum Abbau des sozialen Standards!

Die "Eingrenzung staatlicher Aktivitäten", wie Biedenkopf es etwas verschämt nennt, ist breit angelegt. Ein paar Beispiele hat er in seinem Debattenbeitrag und an anderer Stelle genannt:

- Die Rentenzusagen seien überzogen und von späteren Generationen nicht zu bezahlen - also "eingrenzen"!
- Der soziale Wohnungsbau habe jede Bedeutung verloren - also "eingrenzen"!
- Es sei konjunkturfeindlich, das Sparen zu fördern - also "eingrenzen"!

Prof. Biedenkopf läßt es an Klarheit über seine gesellschaftspolitischen Zielsetzungen nicht fehlen: Mehr Leistung; Eingrenzung der sogenannten Gerechtigkeitsgarantie des Staates; Abbau von Systemen der Solidarität und Mut, Besitzstände abzubauen.

Niemand kann später einmal sagen, nicht gewußt zu haben, was der wirtschaftspolitische Sprecher der Union wirklich gewollt habe. Prof. Biedenkopf ist sich also treu geblieben: Kämpfer für die Privatisierung der Sozialrisiken und ideale Symbolfigur des CDU-Wirtschaftsrates. Der verbale Zukunfts- und Wachstumspessimismus entpuppt sich als taktisches Argument zur Begründung seiner sozial- und solidaritätsfeindlichen Ziele.

(-/29.9.1978/hi/evo)

+

+

+